

«Wir brauchen mehr Pioniere»

Bern hat beste Voraussetzungen, um die Hauptstadt-Funktion als Motor für Innovation und Dynamik zu nutzen. Davon ist die Wirtschaftsgeographin Heike Mayer überzeugt, die Bern mit anderen Hauptstädten verglichen hat. Für das Berner Oberland sieht sie in der Digitalisierung eine Chance.

Interview: Timm Eugster

Im Fussball hat Bern Erfolg. Wie geht es Bern sonst?

Heike Mayer: Bern geht es eigentlich gut – mit der Betonung auf «eigentlich». Zwar hat das übliche Lamento über das schwache Wirtschaftswachstum, das mittel-mässige Bevölkerungswachstum und das gering ausgeprägte Unternehmertum durchaus ein Fünkchen Wahrheit. Aber ich würde sagen, dass es Bern als Bundesstadt, als Hauptstadtregion der Schweiz, gut geht. Wir haben in unserer Studie Bern mit Ottawa (Kanada), Washington DC (USA) und Den Haag (Niederlande) verglichen und festgestellt, dass Bern gut dasteht, wenn man die Hauptstadt-spezifische Wirtschaft anschaut.

Was ist das?

Die Hauptstadt-Ökonomie setzt sich zusammen aus der Bundesverwaltung, aus Organisationen, die Lobbying betreiben, und aus wissensorientierten Dienstleistungsfirmen – also Firmen, die für die Bundesverwaltung Studien erstellen, technische Lösungen entwickeln und Aufträge erledigen. Ausserdem gibt der Bund Geld aus für seine Beschaffungen. Daraus entsteht ein ganz spezifisches Wirtschaftssystem, das in Bern stark ist: So gibt es in Bern für jeden Hightech-Arbeitsplatz 3,6 Arbeitsplätze in den wissensorientierten Dienstleistungen, in Zürich sind es nur 3,3.

Hat die Hauptstadt-Ökonomie keine Schwächen?

Doch. Wir sind nicht so innovativ wie die Metropolitanregionen Basel, Zürich und Genf, und wir sind auch nicht so unternehmerisch. Wir sollten mehr Ideen entwickeln und wir brauchen mehr risikobereite Unternehmerinnen und Unternehmer, die neue Firmen gründen. Darüber hinaus braucht es ein lebendiges Start-up-Ökosystem.

Bern positioniert sich seit acht Jahren als «Hauptstadtregion Schweiz». Doch vom erhofften grossen Befreiungsschlag ist bis jetzt nicht viel zu spüren ...

Vielleicht sehen Sie das ein bisschen pessimistisch, wie andere Medien auch. Ich würde schon sagen, dass die Hauptstadtregion eine Erfolgsgeschichte ist für Bern, was die Politik angeht. Als 2008 das Raumkonzept der Schweiz entwickelt wurde, waren auf der Karte in roter Farbe die drei Metropolitanregionen eingezeichnet: Zürich, Basel, Genf. Alles andere war weiss. Das war der Auslöser, dass Bern gesagt hat: Halt mal, wir sind kein weisser Fleck – wir sind auch jemand, wir sind die Bundesstadt. Wir haben eine Funktion in der Schweiz, die anders ist als jene der Metropolitanräume. Wir lösen für die Schweiz gewisse Aufgaben, wir haben die öffentliche Verwaltung, die Politik. Ausdruck davon

war die Gründung der Hauptstadtregion Schweiz. Das Raumkonzept Schweiz wurde überarbeitet und eine neue Karte gezeichnet, in Pastelltönen, mit der Hauptstadtregion im Zentrum.

Das ist vielleicht eine politische Erfolgsgeschichte – aber ist es auch eine wirtschaftliche?

Jein. Man hat sich seither mehr Gedanken darüber gemacht, wie die Wirtschaft in einer Hauptstadt funktioniert, man hat Projekte entwickelt – aber das hat sich noch nicht übersetzt in wirtschaftliche Dynamik, Wertschöpfung, Arbeitsplätze. Aber es wäre auch unfair, dies bereits nach acht Jahren zu erwarten, es braucht 15 bis 20 Jahre, bis so etwas greift.

Auch bei der politischen Erfolgsgeschichte sind Fragezeichen angebracht, wenn man sieht, dass die SRG das Radiostudio Bern schliessen will.

Ja, das stimmt, aber ohne das Bewusstsein, dass man Hauptstadtregion ist, hätte man jetzt wohl nicht so dezidiert protestiert. Man weiss, dass man solche Einrichtungen halten muss.

Bern war historisch nie ein wirtschaftliches Innovationszentrum. Nun ist es Bundesstadt. Vielleicht ist es ja gar nicht nötig, dass man so dynamisch ist wie die Metropolitanregionen?

Ich sehe das anders. Man kann sich nicht mehr auf den Standpunkt stellen, «Hauptstadt ist Beamtenstadt, da braucht es keinen Unternehmergeist und keine Innovation». Denn Hauptstädte haben sich extrem verändert in den letzten 30 Jahren. Die öffentliche Verwaltung macht sehr viel mehr Outsourcing, sie verlagert Aufgaben an Private. Wir haben das extrem gesehen in Washington DC, aber auch hier in Bern haben wir ein hohes Ausgabenvolumen der öffentlichen Verwaltung: Die Privatwirtschaft erfüllt Aufgaben für den Bund, und daraus entsteht Wertschöpfung – und auch Innovation. Die Privaten überlegen sich: Wie kann ich die Aufgabe lösen? Wie kann man es effizient machen, wie erneuern? Aus diesem Zusammenspiel entsteht etwas, das wir als regionales Innovationssystem einer Hauptstadtregion bezeichnen. Und genau darin besteht Berns Chance.

In der kleinen Schweiz wandern die Bundesaufträge schnell in andere Landesteile ab, wenn Bern nicht innovativ genug ist ...

Ja, einige der Firmen, die mit dem Bund zusammenarbeiten, sind in anderen Regionen beheimatet, aber Berner Firmen sind doch überdurchschnittlich vertreten. Denn es ist wichtig, dass man in der Nähe ist, für manche sogar in Gehdistanz zur Wandelhalle.

«Ich bin beeindruckt, wie viele junge, risikobereite Leute jetzt aktiv werden.»

Heike Mayer



© Adrian Moser

Warum ist die Nähe in Zeiten der Digitalisierung immer noch so wichtig?

Man muss immer noch Besprechungen abhalten, sich austauschen und einigen – Innovation entsteht oft nur im Zusammenspiel, im direkten Austausch, wenn man am selben Tisch sitzt, und nicht über E-Mail oder Telefonkonferenzen.

Ausschreibungen sind heute ja stark formalisiert – wie kann da der persönliche Austausch eine solch grosse Rolle spielen?

Klar, die Ausschreibungen sind international und müssen WTO-Richtlinien entsprechen, aber vieles davon hängt eben auch davon ab, ob eine Firma vor und nach einer Ausschreibung mit der Verwaltung in Kontakt steht. In anderen Hauptstädten wird dieser permanente Dialog viel stärker gepflegt.

Wie machen denn das die anderen?

In Den Haag hat man eine Initiative gestartet im Bereich Cyber Security, wo man die Universitäten mit der öffentlichen Verwaltung und mit über 400 Firmen und anderen Organisationen vernetzt und Plattformen anbietet. Es werden Studiengänge eingerichtet oder Konferenzen organisiert, an denen die Unternehmen erfahren, welche Bedürfnisse die Verwaltung hat und wo sie investieren könnten. Washington DC hat eine Plattform geschaffen, die Bundesämter und Firmen zu «Tandems» vereinigt, die Lösungen im Verteidigungsbereich entwickeln. Die Idee dahinter ist immer dieselbe: Über das öffentliche Beschaffungswesen Innovationsdynamiken anstossen.

In einer Marktwirtschaft sollte das doch automatisch geschehen, weil die Firmen in Konkurrenz zueinander stehen.

Anders als in den USA oder den Niederlanden betreibt die Schweiz mit der Beschaffungspolitik keine aktive

Innovationspolitik – man überlässt es einfach der freien Marktwirtschaft. Der Nachteil ist, dass die grossen Firmen dann mehr Möglichkeiten haben als die kleinen, regionalen Firmen, die vielleicht nicht so kostengünstig offerieren können. In den USA werden bestimmte Gelder für KMU reserviert, um deren Innovation zu fördern. Hier in Bern müssten wir zumindest die Tatsache bewirtschaften, dass wir traditionell viele Firmen haben, die für die Bundesverwaltung produzieren. Etwa die Ordner-Firma Biella in Brügg bei Biel, die jetzt überlegt, wie sie sich im digitalen Zeitalter aufstellen kann, und zusammen mit Bigla, der Möbelfirma in Biglen, im Austausch steht und ein Innovationslabor eingerichtet hat. An solche Initiativen müsste man anknüpfen und die privaten Anbieter mit dem Bund an einen Tisch bringen.

Gibt es wenigstens Ansätze dazu?

Durchaus, etwa die IT-Beschaffungskonferenz, die Matthias Stürmer von der Forschungsstelle für digitale Nachhaltigkeit der Universität Bern organisiert. Und natürlich sitem-insel, das nationale Institut für translationale Medizin und Unternehmertum. Hier hat man erkannt, wie man die universitäre Grundlagenforschung und die Anwendung in der Klinik im Inselspital näher zusammenbringen und damit innovative Lösungen und unternehmerische Dynamiken anstossen kann. Der Bund macht mit, der Kanton investiert, Unternehmen sind beteiligt und Financiers steigen mit Risikokapital ein – ein rundes Paket. Dieser vielversprechende Ansatz sollte nun auch in anderen Bereichen angewandt werden.

Und was können Einzelne unternehmen?

Ich bin beeindruckt, wie viele junge Leute jetzt aktiv werden, beispielsweise im «Impact Hub», einem global vernetzten Lokal für Co-Working, neue Ideen und Unternehmertum. Oder im «Staatslabor», das den

Austausch zwischen Verwaltung und Privatwirtschaft und damit die Innovation fördern will. Über Mittag wird etwa in die «Staatskantine» zu Präsentationen und Gesprächen geladen. Solche Initiativen von jungen und risikobereiten Leuten, unterstützt von Stiftungen, treffen genau den Kern der Sache.

Die Sorgen des städtischen Bern muten harmlos an im Vergleich zum Oberland: Während die Bevölkerung in den Agglomerationen in den nächsten 30 Jahren laut Prognosen deutlich wachsen dürfte, stagniert sie in den Randregionen oder schrumpft sogar. Warum diese Kluft?

Die wachsende Ungleichheit zwischen Zentren und Peripherie ist ein globales Phänomen. Man sieht diese Kluft in Frankreich, wo in einst industriellen Kleinstädten die Wirtschaftsstruktur weggebrochen ist, in Italien, wo es in Berggebieten entvölkerte Täler gibt, oder in den USA im «Rust Belt». In der Schweiz haben wir eine sehr gut funktionierende Wirtschaft und einen starken Nationalen Finanzausgleich – und trotzdem gibt es die Abwanderung aus der Peripherie auch bei uns. Wenn die Jungen in die Zentren ziehen, weil sie keine Zukunft sehen in den traditionellen Branchen Tourismus, Landwirtschaft und Gewerbe, kommt es zu einem Brain Drain und zu Überalterung.

Hat das auch politische Folgen?

Ein Kollege von der London School of Economics nennt es «The revenge of the places that don't matter», die «Rache der Orte, die keine Rolle spielen». Man hat es bei der Trump-Wahl gesehen, beim Brexit, aber auch in Frankreich, Österreich und Deutschland. Und auch in der Schweiz nimmt der politische Graben zwischen Stadt und Land zu – er ist heute wichtiger als der «Röstigraben».

Immer mehr Arbeiten – etwa Programmieren oder Buchhaltung – lassen sich auslagern und von irgend-einem schönen Plätzchen dieser Erde aus erledigen. «Digitale Dörfer für digitale Nomaden» müssten doch eine Chance sein für Bergregionen ...

Ja, in gewisser Weise schon, aber das scheitert heute oft schon an der fehlenden Breitband-Internet-Verbindung. Und wenn man Leute in die Berge locken will, muss man diesen «New Highlanders» ein entsprechendes Umfeld bieten: einen starken Service public, etwa Tagesbetreuung für die Kinder, und auch attraktive lokale Arbeitsplätze, denn nicht alle können digital nomadenhaft arbeiten.

Das tönt nach einem weiten Weg ...

Es gibt auch sofort realisierbare Möglichkeiten. Wenn in einem Dorf der Hausarzt fehlt, weil niemand die Praxis übernimmt, könnte die Gemeinde selbst als Arbeitgeber auftreten und zwei 50-Prozent-Jobs ausschreiben. Das ist schon sehr viel attraktiver als der 120-Prozent-Job als selbstständiger Dorfarzt, für den sich keine Nachfolge finden lässt.

Gibt es nicht auch Städte, die ohne solche Massnahmen in die Berge ziehen?

Wir haben in Graubünden sogenannte «New Highlander Entrepreneurs» untersucht, also Leute, die von der Stadt in die Bündner Berge ziehen und da unter-

nehmerisch tätig sind. Wir haben festgestellt: Es gibt sie, es ist Potenzial vorhanden, und sie machen tatsächlich einen Unterschied. Es sind Familien, Paare, junge und alte, die investieren, Leute anstellen, und vor allem sind sie auch politisch und kulturell aktiv.

Und was lockt diese Leute in die Berge?

Es sind Menschen, die etwas riskieren und Möglichkeiten suchen – nicht nur die stille, heile Bergwelt. Ein Zahnarzt hätte in Bern keinen Kredit bekommen, weil es schon genug Zahnärzte hat, aber im Bündner Berggebiet konnte er seine Praxis eröffnen. Ein Handwerker hat eine Dorfschmiede übernommen und produziert dort Messer. Oder es gibt den ehemaligen städtischen Kulturamtschef, der jetzt ein Hotel betreibt.

Bestehen auch Möglichkeiten für Menschen, die das städtische Leben nicht komplett hinter sich lassen wollen?

Wir sind gerade an einem Projekt über Digitalisierung im Berggebiet, und da sehen wir die Chance, dass man Co-Working-Spaces einrichtet, sodass man beispielsweise drei Tage im Berggebiet und zwei in der Stadt arbeiten kann. Als Ingenieurin, Software-Entwicklerin oder Kreativarbeitender braucht man den Austausch mit dem Team in der Stadt, man muss am Puls sein für Innovation. Aber eben nicht immer.

Vielleicht hat man ja auch die besseren Ideen, wenn man sich zeitweise ausklinkt.

Das stimmt. Wir hatten bisher immer dieses Silicon-Valley-Modell der Innovation: Nur wer in der Zentrale sitzt und ständig Zufallsbekanntschaften und neuen Impulsen ausgesetzt ist, kann innovativ sein. Aber davon kommen wir immer mehr ab. Es gibt den Begriff der Slow Innovation, der langsamen Innovation, die vielleicht gerade in der Peripherie stattfindet, weil etwas Zeit braucht, um es zu entwickeln, und man auch mal introvertiert und für sich sein muss, um etwas neu zu denken. Diese Slow Innovation könnte ganz neue Möglichkeiten eröffnen. Das möchte ich besser erforschen.

Damit hätte auch die Peripherie eine Rolle in der globalisierten Ökonomie. Aber könnte es nicht auch schwierig werden, wenn auf einmal all die hippen Städter in die Dörfer kommen?

Die Gefahr besteht tatsächlich, dass die Landschaft «kolonialisiert» wird. Das wollen wir auch in einem Projekt analysieren: Sind denn die Dörfer vorbereitet? Und kommt der Hipster nur, um mit Kopfhörern im Dorfcafé zu sitzen und das W-Lan zu benutzen – oder klinkt er sich ein?

Nun gibt es ja in der Schweiz viele ländliche Regionen, die alles andere als abgehängt sind. Was machen sie anders?

Wir haben verglichen, wie sich Unternehmerinnen und Unternehmer im Rheintal und im Toggenburg für ihre Region einsetzen. Das Rheintal hat zahlreiche KMU, die auf dem Weltmarkt aktiv sind, während das Toggenburg den Übergang von der einst stolzen Textilwirtschaft zu einer neuen Wirtschaftsdynamik nicht geschafft hat. Wir haben festgestellt, dass sich die Unternehmer im Rheintal seit Jahrzehnten in sektor- und gemeindeübergreifenden Wirtschaftsverbänden engagieren. Im

«Im Berggebiet sehen wir Co-Working-Spaces als Chance.»

Heike Mayer

Toggenburg dagegen hat man sich sehr stark auf die Textilindustrie fokussiert. Das hat dazu geführt, dass man bis heute nicht übergreifend denkt und handelt. Das macht einen grossen Unterschied: Wer über seine kleine Interessengemeinschaft hinaus agiert, kommt weiter.

Warum das?

Man hat schlicht mehr Durchschlagskraft, wenn man Allianzen schmiedet. Und man sieht eher neue Möglichkeiten und unkonventionelle Lösungen. Ein gutes Beispiel ist auch das Emmental: Leute wie Eva Jaisli von PB Swisstool engagieren sich nicht nur für ihren Betrieb, sondern auch im nationalen Verband und lokal für eine gute Grundversorgung. Sie sorgen dafür, dass die Lebensqualität stimmt und die Fachkräfte kommen.

Was können die Politiker in Randregionen unternehmen?

Initiativ sein, Lösungen entwickeln, die passen. Nicht einfach fordern, dass mehr Geld vom Bund kommt oder die Bauvorschriften für Landwirtschaft, Gewerbe und Tourismus gelockert werden, sondern neue Wege gehen und sich überlegen: Wie schaffen wir Strukturen, mit denen wir attraktiv werden?

Wie stösst man so etwas an?

In Hasliberg zum Beispiel gab es eine Zukunftswerkstatt, um im Dialog mit der Bevölkerung – auch mit Kindern und Jugendlichen – und mit Vertretern von Wirtschaft und Tourismus über Zukunftsthemen zu sprechen. Daraus entstand etwa die Idee für ein Mehrgenerationenhaus, um gleichzeitig die Überalterung aufzufangen, Familien zu halten, Wohnraum zu schaffen und die Bauwirtschaft zu beschäftigen.

Wir haben viel über die Hauptstadt und die Peripherie gesprochen. Wie geht es eigentlich den kleinen und mittleren Städten?

Sie werden gerne übersehen – der Bund geht immer noch davon aus, dass es die grossen Zentren sind, die die Wirtschaft antreiben. Doch nun zeigen immer mehr Studien, dass kleine und mittlere Städte eine sehr wichtige Rolle spielen: Sie entwickeln sich gut und schnell, bieten eine hohe Lebensqualität und beherbergen oft Firmen, die auf dem Weltmarkt führend sind. Als Bindeglieder zwischen Zentren und Peripherie spielen Klein- und Mittelstädte eine wichtige Funktion im Gefüge eines Landes wie der Schweiz.

Sie haben eingangs gesagt, Bern gehe es «eigentlich» gut. Was braucht es, dass man das «eigentlich» in Zukunft streichen kann?



© Adrian Moser

Es braucht ein bisschen mehr Mut, mehr Risikofreudigkeit, Unternehmertum – das sind die Dynamiken, die Bern voranbringen können. Gerade die Initiativen von jungen Leuten sollte man stärker zelebrieren und unterstützen: Hier läuft was! Nicht nur hier in Bern, auch in Langenthal, Burgdorf oder Meiringen. Wir brauchen mehr Raum-Pioniere – in der Hauptstadt genauso wie in den Bergen.

Kontakt: Prof. Dr. Heike Mayer, heike.mayer@giub.unibe.ch

Buchhinweis: Heike Mayer, Fritz Sager, David Kaufmann und Martin Warland: *The Political Economy of Capital Cities*, London, Routledge 2018

Prof. Dr. Heike Mayer (1973) ist Professorin für Wirtschaftsgeographie am Geographischen Institut und Mitglied des Zentrums für Regionalentwicklung an der Universität Bern. Sie hat Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz (Deutschland) und Urban Studies an der Portland State University (USA) studiert. Nach einer Anstellung als Ausserordentliche Professorin an der Virginia Tech University (USA) wechselte sie 2009 an die Universität Bern. In SNF-Projekten befasste sie sich mit der wirtschaftlichen Rolle und Funktion sowie den Innovations- und Unternehmensdynamiken von Hauptstädten, Klein- und Mittelstädten und peripheren Räumen.